



Riehn um die Wende zum 19. Jahrhundert.

225 Jahre Riehener Gemeindedemokratie – Vom Munizipalgesetz bis zum Dorfparlament

RETO JEMMI

Das Schwerpunktthema des diesjährigen Riehener Jahrbuchs ist die Politik, denn seit genau 100 Jahren wird im Einwohnerrat (früher Weiterer Gemeinderat) politisiert oder anders gesagt: diskutiert, argumentiert, gestritten, verhandelt und nach Lösungen gesucht, was für die Riehener Bevölkerung, je nach politischer Ansicht, das Beste sei.

Mit dem Erscheinen dieses Jahrbuchs jährt sich auch die konstituierende Sitzung des ersten gewählten Einwohnerrates von Riehen. Am 19. November 1924 versammelten sich die (damals noch) 30 Ratsmitglieder, um fortan die Geschicke der Gemeinde Riehen (mit) zu bestimmen. In diesen 100 Jahren hat sich in Riehen viel verändert, und die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen haben auch den Einwohnerrat stark geprägt. In diesem Jahrbuch wollen wir diese vielfältigen 100 Jahre reflektieren und aufzeigen, welche entscheidenden Etappen dazu beigetragen haben, den Riehener Einwohnerrat zu dem wichtigen Politikgremium zu machen, welches er heute ist. Damit wir aber verstehen können, wie es zur Einführung dieses Rates der Einwohner gekommen ist und wie die Bevölkerung vorher politisieren konnte, ist ein Blick zurück zu den Anfängen der demokratischen Mitsprache in Riehen wertvoll. Denn auch diese kann auf ein Jubiläum zurückblicken – vor 225 Jahren, im Jahr 1799, wurden in Riehen die ersten demokratischen Wahlen abgehalten.

Und so drehen wir die Zeit nicht 100, sondern sogar 225 Jahre zurück in die Zeit der Wirren nach der Französischen Revolution.

DER FREIHEITSBAUM ALS ZEICHEN DER NEUEN DEMOKRATIE

Viele Jahrhunderte lang waren die politischen Verhältnisse klar geregelt. Die Obrigkeit, allen voran die einflussreichen und wohlhabenden Familien, hatte das Sagen und das einfache Volk hatte sich zu fügen. Die Stadt Basel, zu welcher Riehen seit 1522 gehörte, bestimmte den Untervogt, der als gerichtsvorsitzender Stabhalter, Mitglied des Kirchenbanns, Gantmeister, Steuereinzüger und Wiesenreichmeister die höchste Macht im Dorf repräsentierte. Er war als Präsident des Geschworenenkollegiums eine Art Vorgänger der späteren Gemeindepräsidenten und das Geschworenenkollegium als oberste kommunale Behörde eine frühe Form des Gemeinderates. Diese Ämter wurden vom Land- oder Obervogt der Stadt Basel an «regimentsfähige» Riehener Familien vergeben und widerspiegelten in Riehen die Verhältnisse der Stadt, wo Ämter und Macht unter den alteingesessenen Familien und Zünften aufgeteilt wurden.

Doch Ende des 18. Jahrhunderts änderte sich die politische Landschaft radikal. Die bisherige Macht des alten Patriziats und des Grossbürgertums, bestehend aus reichen



Strassenbauarbeiten an der Aeusseren Baselstrasse um 1910.



Bauernbetrieb an der Oberdorfstrasse.

Handwerks-, Seidenbandfabrikanten- und Kaufmannsfamilien, wurde infrage gestellt. Überall in Europa wurden die Ideen der Aufklärung verbreitet, die das «Ancien Régime», also die bisherige Machtordnung, angriffen. 1789 kam es in Paris zur Französischen Revolution, die mit der Devise «Freiheit-Gleichheit-Brüderlichkeit» die Herrschaft des Volkes anstelle des Adels und der Kirche einführen wollte. Deren Auswirkungen erreichten schon bald auch die Stadt Basel. Einflussreiche Persönlichkeiten in Basel und Riehen, angeführt von Peter Ochs, seinem Schwager Peter Vischer, Grossrat und Besitzer eines Landgutes an der Oberdorfstrasse, Zunftmeister und Bandfabrikant Johann Lukas Legrand, Obervogt in Riehen, und Johann Rudolf Huber, Pfarrer in Riehen, waren von den aufgeklärten Ideen fasziniert. Peter Vischer stellte am 18. Dezember 1797 im Grossen Rat seinen berühmten Antrag auf Rechtsgleichheit zwischen Stadt- und Landbürgern.

Damit begann die eigentliche Umwälzung in Basel. Am 20. Januar 1798 wurde in einem «Freiheitsbrief» gemäss französischem Vorbild von der Menschenwürde gespro-

chen, ebenso wurden die gleichen Rechte für Städter und Landschäftler (zu denen die Riehener gehörten) propagiert und Volksversammlungen vorgesehen. Schon am Tag darauf fand im Kanton Basel die erste demokratische Wahl statt: Erkorren wurden Männer, welche Verfassungsräte für eine verfassungsgebende Versammlung zu wählen hatten. Am 22. Januar 1798 feierte man überall grosse Freiheitsfeste, und auch in Riehen stand vor der Dorfkirche ein Freiheitsbaum als Symbol für den Aufbruch in eine neue Zeit. Deswegen begehrt die Bürgerkorporation Riehen noch heute dieses Datum als Geburtsstunde der Riehener Gemeindedemokratie.

ZÖGERLICHE GEBURT DER GEMEINDEDEMOKRATIE

Obwohl in Basel die Revolution vor anderen Orten der deutschen Schweiz gesiegt hatte, liess die politische Entwicklung keine Umsetzung einer neuen Kantonsverfassung zu. Bereits am 12. April 1798 wurde nach dem Einmarsch der französischen Armee in die alte Eidgenossenschaft in Aarau die eine und unteilbare Helvetische Republik aus-

gerufen, deren zentralistischer Aufbau die Autonomie der alten Orte aufhob. Anstelle des Untervogts wurde von der Obrigkeit der Rössli-Wirt Johannes Stump-Bertschmann als «Agent» für Riehen eingesetzt. Von Demokratie also noch keine Spur. Nach vielen Widerständen wurde fast ein Jahr später, am 15. Februar 1799, doch noch ein «Municipalgesetz» eingeführt. Der französische Einfluss war überall spürbar, so verwendete man anstelle des Begriffs Gemeinde denjenigen der Munizipalität. Dieses Gesetz bestimmte, dass eine Gemeinde- oder Urversammlung in Orten von 300 bis 1300 Seelen (Riehen zählte damals 1050 Einwohner) fünf Munizipalbeamte zu wählen habe. Am 29. Mai 1799 fand mit der ersten dokumentierten Gemeindeversammlung auch die erste demokratische Wahl auf Riehener Boden statt. Somit können wir dieses Jahr mit Fug und Recht 225 Jahre der ersten frei vom Volk gewählten Gemeindebehörden feiern. Doch das besondere Interesse der Zeitgenossen scheint diese erste freie Wahl nicht gefunden zu haben. Am Wahltag war zu schönes Wetter und die Bauern lieber auf dem Feld als an der Versammlung anzutreffen. Der Müller Johannes Wenk-Höner wurde mit lediglich 53 Stimmen zum ersten Präsidenten der Munizipalität (und damit zum ersten Gemeindepräsidenten von Riehen) gewählt. Schon ein Jahr später trat diese erste Munizipalität geschlossen zurück, und es musste wieder gewählt werden. Bis um 1820 waren nur wenige Bürger bereit, ein öffentliches Amt anzunehmen und es mehr als nur kurze Zeit auszuüben. Ein Problem waren auch die oft mangelhaften Kenntnisse in Lesen und Schreiben.

Nach dem Untergang der Helvetischen Republik erhielt die Eidgenossenschaft 1803 durch die Vermittlung Napoleon Bonapartes eine föderalistische Verfassung und die Kantone einen Grossteil ihrer Autonomie zurück. Der Kanton Basel verabschiedete daraufhin ein «Gesetz über

die Einrichtung von Gemeinds-Behörden» und aus der Munizipalität Riehen wurde die Gemeinde Riehen. Den Gemeindepräsidenten wählte die Kantonsregierung mit relativem Mehr aus den an der Gemeindeversammlung erkorenen Mitgliedern des Gemeinderates. Das Interesse an Ämtern und Wahlen blieb gering. Von 1803 bis 1849 «verbrauchte» Riehen 18 Gemeindepräsidenten. Die durchschnittliche Amtsdauer betrug also nur rund zweieinhalb Jahre.

Warum dieses Desinteresse? Für den einfachen Bürger änderte sich mit all den politischen Umwälzungen nicht viel. Die alte Obrigkeit, das heisst die wohlhabenden alt-eingesessenen Familien, bestimmte weiterhin das politische Geschehen – nun einfach über demokratische Wahlen. Wer aus einfachen Verhältnissen stammte, hatte immer noch nicht viel zu sagen. Das Wahlrecht war auch recht eingeschränkt. So durften beruflich Unselbstständige, materiell wenig Bemittelte, Junge, Nichtortsbürger und selbstverständlich Frauen sich nicht an der Wahl der Behörden beteiligen. Aber auch die Berechtigten taten es in der Regel selten – Beteiligungen von unter zehn Prozent waren der Normalfall.

Mit der neumodischen Demokratie konnte das einfache Volk nicht viel anfangen. Vielleicht waren ihr diese aus Frankreich importierten Ideen auch suspekt, denn die ersten Jahre dieser neuen Freiheiten waren in Frankreich äusserst blutig – wer nicht für die Revolution war, endete häufig auf der Guillotine. Die bisherigen dörflichen Eliten arrangierten sich mit dem Umstand, dass die Dorfpolitik nicht mehr alleine durch Absprachen untereinander gemacht werden konnte. Auch das anfängliche Desinteresse an demokratischer Mitsprache begünstigte die Tatsache, dass sie an den Gemeindeversammlungen ihre Interessen ohne grosse Widerstände durchbringen konnten. Wie schon vor 1798 blieb die alte Oberschicht, vornehmlich

die Familien David, Eger, Fischer, Seidenmann, Singeisen, Stump und Wenk, weitgehend unter sich. Allerdings hatten sich ihr neue Eliten aus den Familien Götschin, Löliger, Mory und Weissenberger angeschlossen. Von den alten Honoratioren unterschieden sie sich anfangs durch ihre (heute würde man sagen: progressive) Haltung gegenüber Aufklärung, Revolution und Liberalismus. Doch je mächtiger und reicher auch diese Familien wurden, desto mehr glichen sie sich dem Konservatismus der alten Eliten an. Bei den Konflikten unter den tonangebenden Familien ging es nun nicht mehr um aufklärerische Ideen, sondern um politische Macht und Einfluss sowie die Verteilung der Gemeindeaufträge untereinander.

ERSTE POLITISCHE RICHTUNGEN ENTSTEHEN:

LIBERAL-KONSERVATIVE UND FREISINNIG-RADIKALE

Nach der Niederlage Napoleons versuchten die alten Feudalherrschaften wieder zurückzukehren. Viele Errungenschaften der Französischen Revolution wurden wieder abgeschafft. Doch diese Zeit der «Restauration» konnte die Ideen der Freiheit und Gleichheit aller Bürger nicht mehr ausmerzen. Und schon kam die nächste Umwälzung aus Frankreich mit der Julirevolution 1830. Auch in Riehen wurde wieder ein Freiheitsbaum aufgestellt, am 4. Januar 1831 beim Wirtshaus Ochsen. Die tags darauf rasch einberufene Gemeindeversammlung artete in Tumult aus, und Gemeindepräsident Hans Jakob Stump wurde am eigenen Leib bedroht.

Doch insgesamt änderte sich in den folgenden Jahrzehnten nicht viel in Riehen. Die Abspaltung des Baselbiets 1833, der Sonderbundskrieg in der Schweiz 1847 zwischen den liberalen und konservativen Kantonen und die darauf folgende Gründung des Bundesstaats im Jahr 1848 gingen an Riehen fast spurlos vorbei. Im Kanton Basel-Stadt war die Zeit stehengeblieben. Während sich im Bund ab 1848

die Freisinnigen durchsetzen konnten, bestimmten bis 1875 die Reformiert-Konservativen (so genannt in Abgrenzung zu den Katholisch-Konservativen der Urschweiz) die Basler Politik. Doch die freisinnige Opposition gegen das Regiment der alten Familien wuchs auch in Basel und in Riehen. 1875 gab sich Basel-Stadt eine neue Verfassung, nach welcher nun auch zugezogene Schweizer, also nicht nur Ortsbürger, stimm- und wahlberechtigt waren. 1876 folgte auch ein neues Gemeindegesetz, welches festlegte, dass von nun an der Gemeindepräsident nicht mehr vom Kanton bestimmt wird, sondern von der Gemeindeversammlung. Zudem wurde die Trennung von Einwohnergemeinde und Bürgergemeinde vollzogen, wobei Gemeinde- und Bürgerrat noch über hundert Jahre lang personell identisch geführt wurden.

Die erste Gemeindepräsidentenwahl fand am 24. September 1876 statt. Im ersten Wahlgang gab es ein Patt zwischen dem konservativen Niklaus Löliger und dem gleichnamigen freisinnigen Niklaus Löliger. Im zweiten Wahlgang wurde schliesslich Hans Wenk-Marder mit 102 Stimmen der erste demokratisch gewählte «Bürgermeister» von Riehen. Hans Wenk stammte wie auch die späteren Wenk-Präsidenten Otto und Wolfgang aus der gleichen Untervogts- oder Meierhoflinie der grossen Riehener Dorfdynastie, jedoch von einem anderen Familienast, der als nicht ganz so vornehm wie jener von Otto Wenk galt. Dieser soziale Unterschied erklärt, warum der Ochsenhans-Ast der Familie Wenk, welchem Hans Wenk angehörte, freisinnig, und die anderen Wenks liberal-konservativ waren.

Nach mehreren Anläufen, auch mit offenen Vorwürfen von Korruption, Schlendrian bis Jagdfrevel gegenüber seinem eigenen Chef Hans Wenk wurde Gemeinderat Heinrich Weissenberger 1891 Präsident. Er galt als begabt, ambitiös und sehr cholerisch. Der Übergang von



Weinanbaubetrieb am Eglingerweg (Weingut Rinklin).



Bauernfamilie bei der Getreideernte unterm Schellenberg, um 1912.

Wenk zu Weissenberger stellte sogar einen Wechsel vom Rechts- zum Linksfreisinn dar, doch taugt die Einteilung nicht viel, denn in einer Gemeinde wie Riehen ging es bei Wahlen mehr um Personen als um Parteien (welche offiziell noch gar nicht gegründet waren). Im Übrigen musste die Gemeinde froh sein, ihre Ämter besetzen zu können, standen doch bekanntlich nicht allzu viele fähige Männer zur Verfügung.

TURBULENTE GEMEINDEVERSAMMLUNGEN - MACHTKÄMPFE DER ALTEN UND NEUEN ELITEN

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatte sich die demokratische Mitsprache der Einwohner langsam etabliert und wurde an den Gemeindeversammlungen rege in Anspruch genommen. Neben den bekannten Dorffamilien wurden nun auch Vereine zu politischen Machtfaktoren. Noch gab es keine organisierten Parteien, sondern politisch interessierte Zusammenschlüsse wie ab 1904 den Arbeiter-Verein Riehen, der seit 1918 als Sozialdemokratische Partei firmierte, und den Katholischen Männer-Verein Riehen. Aus

diesem ging ab 1926 über verschiedene Stationen die CVP (heute Die Mitte) hervor.

Im Jahr 1900 geriet der Musikverein Riehen unter der Leitung von Louis Löliger-Plattner mit dem Gemeinderat in Streit über die Benutzung des heutigen Lüschersaals in der Alten Kanzlei. Dem Verein wurde vorgeworfen, er lasse Ordnung und Reinlichkeit vermissen und beschädige Gemeindeimmobilien. Ein neues Reglement, das unter anderen Artikeln Trinkgelage im Übungslokal verbot, brachte das Fass zum Überlaufen, und der lokalpolitisch und mitgliedermässig starke Musikverein liess es an der Gemeindeversammlung am 21. Januar 1900 zum Eklat kommen. Nach wüsten Auseinandersetzungen trat Gemeindepräsident Heinrich Weissenberger per sofort zurück. Doch so unwiderruflich war es dann auch wieder nicht. Kurz darauf liess er sich als Präsident einer – möglicherweise als kommunale Konkurrenzregierung gedachte – «Spezialkommission für die Übergabe Riehens an den Kanton» wählen. Die Freisinnigen waren in dieser Zeit eher für die Aufgabe von Riehens Selbstständigkeit und

forderten die Eingemeindung in die Stadt Basel, um die finanziellen Probleme des Dorfes loszuwerden. Wogegen sich die Liberalen (wie sich ab 1902 die Konservativen nannten) dagegen sträubten, das gleiche Schicksal wie später Kleinhüningen zu erleiden.

Im gleichen Jahr 1900 wurde der nachmalig berühmte Otto Wenk, von Beruf Architekt und Baumeister, in den Gemeinderat gewählt und prägte fortan die Riehener Politik. Heinrich Weissenberger schoss sich in seiner Wut auf seinen Nachfolger und den gesamten Gemeinderat ein. Er erreichte aber 1903 trotzdem, oder gerade deswegen, seine Wiederwahl als Gemeindepräsident, trat aber schon 1906 aus dem Gemeinderat wieder aus. Sein Nachfolger wurde Otto Wenk. Er musste sich in seiner langen Präsidentenzeit bis 1935 immer wieder gegen Angriffe auf seine Person wehren. In den darauffolgenden Wahlen 1906, 1909 und 1912 (damals wurde noch alle drei Jahre gewählt) war sein Hauptgegner der Kaufmann und Bankfilialbeamte Emil Stump. Stump als Freisinniger stand für die Eingemeindung Riehens, Wenk repräsentierte die auf Selbstständigkeit bedachten Liberalen. Otto Wenk gewann jeweils die Wahlen mit einigem Vorsprung.

Die Wahlen von 1912 waren überschattet von einer Schlammschlacht. In Flugblättern und Broschüren wurden Otto Wenk Korruption und Klientelpolitik vorgeworfen. Der Gemeinderat erstattete Anzeige und beschuldigte diverse Bürger, die anonymen Schmähschriften verfasst zu haben. An der Gemeindeversammlung stauchte Otto Wenk seine Gegner zusammen und verweigerte ihnen das Wort. Die Gehässigkeiten hatten zur Folge, dass die Anhänger Stumps von diesem abrückten und er die Wahl verlor. Die politische Situation in Riehen war in diesen Jahren sehr aufgeheizt. Freisinnig-radikale Bürgerliche hetzten gegen liberal-konservative Bürgerliche, einheimische Dörfler gegen zugezogene Städter, Eingemeindungsfreunde

gegen Eingemeindungsgegner. 1914 wurde mit August Strub (ursprünglich freisinnig) der erste Sozialdemokrat in den Gemeinderat gewählt. Er vertrat als Vizepräsident während dem Ersten Weltkrieg den wegen des Militärdienstes oft abwesenden Otto Wenk. In dieser besonderen Situation wurde der sonst vom Gemeinderat bestimmte Vizepräsident erstmals von der Gemeindeversammlung gewählt, die mit Emil Wenk-Weissenberger sogar noch ein sechstes – ausserordentliches – Mitglied wählte.

VON DER GEMEINDEVERSAMMLUNG ZUM DORFPARLAMENT

Mitten im Krieg 1916 verabschiedete der Grosse Rat ein neues Gemeindegesetz, das eine Urnenwahl des Gemeinderates ermöglichte, das heisst, eine Wahl auch ausserhalb einer gleichzeitig stattfindenden Gemeindeversammlung. 1921 beschloss die Gemeindeversammlung, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen.

Ein neues kantonales Steuergesetz führte 1922 zu einer kommunalen Steuervorlage und diese zu heftigem Streit in der Gemeindeversammlung. Als 1923 die 400-jährige Verbindung von Riehen mit Basel gefeiert wurde und der Grosse Rat eine Jubiläumsgabe bewilligte, gab es über deren Verwendung ebenfalls eine wüste öffentliche Auseinandersetzung. Weil die Debatten öfters ins Persönliche und Uferlose ausarteten und die meisten Zugezogenen es darum vermieden, an eine Gemeindeversammlung zu gehen, schlug der Regierungsrat dem Grossen Rat vor, die Gemeindeversammlung in Riehen durch ein Parlament, den Weiteren Gemeinderat, zu ersetzen. Die Gemeindeabstimmung vom 13./14. September 1924 stimmte diesem Vorschlag bei einer Stimmbeteiligung von lediglich 50 Prozent mit 470 Ja gegen 51 Nein deutlich zu. Am 25./26. Oktober fanden die ersten Wahlen zum heutigen Einwohnerrat statt. Dabei handelte es sich schon um



Waschtag am Riehenteich, um 1914.

eine erste Verspätung, bildete doch nach dem Gesetz die im Oktober einzuberufende konstituierende Sitzung den Beginn der Amtsperiode. Sie konnte aber erst am 19. November 1924 abgehalten werden.

125 Jahre nach der ersten freien Gemeindeversammlung wurde damit die demokratische Mitsprache der Bevölkerung in Riehen neu organisiert. Die bisher durch die einflussreichen Familien und Dorfvereine ausgeübte politische Macht ging nun immer mehr auf die neuen Parteilagerungen über. Doch wer meinte, dass damit die politische Diskussion gesitteter verlaufen würde, hatte sich getäuscht. Das Gezänk über die «richtige» Politik für Riehen ging weiter.

QUELLEN:

Raith, Michael: Zweihundert Jahre gelebte Demokratie, in: Jahrbuch z'Rieche 1999.

Vögelin, Hans Adolf: Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart, in: Riehen – Geschichte eines Dorfes, Riehen 1972.